

Chronologie der Europäischen Integration 2000

MARIANO BARBATO

Januar

Präsidentschaft – Portugal

1. Januar: Turnusgemäß übernimmt Portugal die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union von Finnland. Im Mittelpunkt der portugiesischen Präsidentschaft stehen die Vorbereitungen zur Regierungskonferenz, die Erweiterungsverhandlungen und der Aufbau der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

GASP – Russland

1. Januar: Nach dem Rücktritt von Boris Jelzin in der Sylvesternacht wird Wladimir Putin neuer Präsident Russlands. Der Hohe Repräsentant der EU für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, würdigt die Verdienste Jelzins und bekräftigt die Partnerschaft der EU mit Russland unter dem neuen Präsidenten, verleiht aber auch seiner Hoffnung auf ein Ende des Tschetschenien-Kriegs Ausdruck. Am 26. März wird Putin mit absoluter Mehrheit im ersten Wahlgang in seinem Amt bestätigt.

Kommission – Libyen

6. Januar: Die Kommission bestätigt, dass Kommissionspräsident Romano Prodi anlässlich eines Neujahrstelefonats Gaddafis Libyen dazu aufgefordert hat, dem gesamten Besitzstand des Europa-Mittelmeer-Prozesses von Barcelona zuzustimmen. Seit Sommer 1999 genießt Libyen einen Beobachterstatus.

EuGH

11. Januar: Der EuGH stellt mit seinem Urteil (C-285/98) die Gleichberechtigung der Frau beim Dienst an der Waffe auch in der Bundeswehr her. Der Grundgesetzartikel 12a verstößt gegen die EU-Richtlinie zur Gleichstellung von Männern

und Frauen. Einen generellen Ausschluss von Frauen vom Dienst an der Waffe, wie ihn das Grundgesetz vorsah, ist damit hinfällig. Das Gericht gab damit Tanja Kreil Recht, die gegen die Ablehnung ihrer Bewerbung als Waffenelektronikerin geklagt hatte. Ohne eine kontroverse Debatte über das Verhältnis von Europarecht und Grundgesetz wird der Artikel 12a GG mit großer Mehrheit im Bundestag am 27. Oktober 2000 geändert.

Verbraucher – Kommission

12. Januar: Die Kommission nimmt ein Weißbuch über die Lebensmittelsicherheit an. Im Mittelpunkt steht der Vorschlag, eine unabhängige Europäische Lebensmittelbehörde bis 2002 einzurichten, um so das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen.

Griechenland – Türkei

21. Januar: Nach dem ersten Besuch eines griechischen Außenministers in der Türkei seit fast vierzig Jahren kündigen die beiden Außenminister Papandreou und Cem eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen an.

Bildung – Parlament – Rat

24. Januar: Das Parlament und der Rat verabschieden die Durchführung der zweiten Phase des gemeinschaftlichen Aktionsprogramms im Bereich der allgemeinen Bildung – Sokrates (2000-2006).

Regierungskonferenz

26. Januar: In ihrer Stellungnahme „Institutionelle Reform für eine erfolgreiche Erweiterung“ erläutert die Kommission ihre Vorstellungen zur Reform der Zusammensetzung des Parlaments und der Kommission sowie zur Reform der Abstimmungsmodalitäten im Rat.

Inneres und Justiz – Kommission

26. Januar: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Verordnung über Visa für Drittstaatsangehörige an.

Österreich

31. Januar: Die vierzehn EU-Staaten mahnen die ÖVP dringend, kein Regierungsbündnis mit der rechtspopulistischen FPÖ einzugehen. Andernfalls drohen die vierzehn ihrem EU-Partnerland Österreich die bilaterale Isolierung an.

Umweltkatastrophe

31. Januar: Der Fluss Theis wird durch Abwässer aus einem undichten Auffangbecken eines rumänischen Goldbergwerks vergiftet. Dies löst ein millionenfaches Fischsterben in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien aus. Am 18. Februar besucht die Kommissarin für Umwelt, Margot Wallström, Ungarn und Rumänien, um sich ein Bild von der Situation in der Donauregion nach der Zyanid-Katastrophe zu machen.

Februar

Regierungskonferenz

3. Februar: Das Parlament spricht sich dafür aus, eine weit reichende Reform der Institutionen vorzunehmen und einen konstitutionellen Prozess zu beginnen.

Wirtschaft

3. Februar: Nach einer über dreimonatigen Übernahmeschlacht stimmt Mannesmann der Übernahme durch Vodafone zu. Nach nationalen Tönen im Versuch der Abwehr einer feindlichen Übernahme der deutschen Mannesmann durch die britische Vodafone entsteht nun ein neuer, weltweit führender europäischer Mobilfunkanbieter. Am 12. April stimmt die EU-Kommission der Fusion unter Auflagen zu.

EZB

3. Februar: Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöht den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 3,25 Prozent.

Österreich

4. Februar: Nachdem die ÖVP trotz der Proteste und Warnungen der anderen EU-Mitglieder sich für eine Koalition mit der rechtspopulistischen FPÖ entschieden hat, setzen die anderen 14 EU-Staaten ihre bilateralen Beziehungen zu Österreich aus. Damit soll der scharfen Missbilligung jeder rechtsradikalen Regierungsbeteiligung innerhalb der EU Nachdruck verliehen werden. Die vertraglichen Rechte Österreichs bleiben davon unbeeinträchtigt. Österreich nimmt weiter an allen EU-Gremien teil.

Regierungskonferenz

4. Februar: Der ehemalige Präsident des Europäischen Gerichtshofs, Ole Due, legt den Bericht zur Reform des europäischen Gerichtswesens vor. Die Arbeitsweise des EuGH und des Gerichts erster Instanz, die beide überlastet sind, soll verbessert werden.

Kroatien

7. Februar: Der Zentrumsolitiker Stipe Mesic gewinnt die Präsidentschaftswahlen, die nach dem Tod seines Vorgängers Franco Tudjman notwendig geworden waren. Mesic will die Aufnahme Kroatiens in den Kreis der EU-Beitrittskandidaten verstärkt anstreben. Am 3. Januar waren Parlamentswahlen abgehalten worden, die ebenfalls zu einem Sieg der Opposition geführt hatten.

Fremdenfeindlichkeit – Spanien – Kommission

9. Februar: Der Kommissionspräsident Romano Prodi äußert seine tiefe Besorgnis über die drei Tage lang andauernden fremdenfeindlichen Ausschreitungen im spanischen El Ejido (Andalusien), bei denen Tote zu beklagen waren.

Inneres und Justiz – Kommission

9. Februar: Die Kommission nimmt ein Grünbuch über Prozesskostenhilfe in Zivilsachen und ein Weißbuch zur Umwelthaftung an.

Regierungskonferenz

14. Februar: Unter dem Vorsitz Portugals wird in Brüssel die Regierungskonferenz zu den institutionellen Reformen eröffnet.

ESVP

14. Februar: Der Rat beschließt die Einrichtung von Interimsorganen und -strukturen bis zur Einrichtung ständiger Organe für die Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Geschaffen werden ein Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee, sowie ein Militärausschuss, ferner werden nationale militärische Sachverständige zum Generalsekretär des Rats als dortiger Militärstab abgeordnet.

Kultur – Rat – Parlament

14. Februar: Das Parlament und der Rat verabschieden den Beschluss über die Auflegung des Programms „Kultur 2000“ (2000-2004).

Erweiterung

15. Februar: Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, der Slowakei und Rumänien werden offiziell auf Ministeriebene eröffnet.

Regierungskonferenz

15. Februar: Die Vorbereitungsgruppe der Regierungskonferenz tritt zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammen. Als erstes Thema werden Ausweitungsmöglichkeiten für Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit geprüft.

Abkommen – Rat – Südafrika – Mexiko

15. Februar: Auf der Tagung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten werden die Unstimmigkeiten, die nach dem Abschluss der Abkommen mit Mexiko und Südafrika noch aufgetaucht waren, für ausgeräumt erklärt.

Gentechnik – Europäisches Patentamt

21. Februar: Das Europäische Patentamt bestätigt ein Patent auf gentechnisch veränderte menschliche Embryonen erteilt zu haben, womit es gegen die eigenen Statuten verstieß. Das Europäische Parlament protestiert auf seiner Sitzung am 31. März dagegen und mahnt eine Veränderung der Verfahren des Europäischen Patentamts an.

Wettbewerb – Kultur – Kommission

23. Februar: Das Kommissionsmitglied für den Wettbewerb, Mario Monti, setzt die von seinem Vorgänger Karel van Miert begonnene Politik

gegenüber der grenzüberschreitenden Buchpreisbindung zwischen Deutschland und Österreich durch. Deutschland und Österreich einigen sich nun mit der Kommission, die grenzüberschreitende Buchpreisbindung als nicht binnenmarktgerecht aufzuheben.

GASP – Kosovo

23. Februar: Die portugiesische Ratspräsidentschaft verurteilt die Ausschreitungen der vergangenen Tage in Mitrovica und ruft mit Verweis auf die finanzielle Unterstützung der Aufbauleistungen im Kosovo durch die EU alle kosovarischen Bürger dazu auf, ihrer Verantwortung zur Versöhnung gerecht zu werden. Provokationen und Drohungen gegen die internationale Präsenz im Kosovo seien nicht hinnehmbar.

San José

23. Februar: Auf der 16. Ministerkonferenz des Dialogs von San José im portugiesischen Vila-moura sichern die Minister der EU ihren mittel-amerikanischen Kollegen weiterhin ihre Unterstützung zu und versprechen insbesondere die Aufnahme von Verhandlungen über neue Handelskonzessionen.

Grundrechtecharta

24.-25. Februar: In seiner erste Arbeitssitzung begutachtet der Konvent zur Erstellung einer Grundrechtecharta der EU Entwürfe des Redaktionsausschusses.

Rio-Gruppe

25. Februar: In der „Erklärung von Vilamoura“ bekräftigen die Außenminister der EU und die der Rio-Gruppe ihren Willen zur Umsetzung der Prioritäten des Gipfels von Rio im Juni 1999.

ESVP

28. Februar: Bei ihrem informellen Treffen in Sintra vereinbaren die Verteidigungsminister der Europäischen Union die Einsetzung der Interims-gremien der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum 1. März.

EU – IWF

28. Februar: Der Ecofin-Rat beschließt, den deutschen Staatssekretär im Finanzministerium, Caio Koch-Weser, zum Bewerber für das Amt des Ge-

neraldirektors des Internationalen Währungsfonds (IWF) zu nominieren. Auf Druck der USA wird diese Nominierung zurückgezogen. Nach Unstimmigkeiten innerhalb der EU wird der deutsche Staatssekretär Horst Köhler am 13. März einstimmig nominiert und erhält das Amt am 23. März.

Energie – Rat – Parlament

28. Februar: Das Parlament und der Rat verabschieden ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der Energieeffizienz (Save II, 1998-2002) und ein Mehrjahresprogramm zur Förderung der erneuerbaren Energieträger in der Gemeinschaft (Alterner II, 1998-2002).

März

Abkommen – Marokko

1. März: Das Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Marokko ist nach einer langen Ratifizierungsfrist (es war bereits im Februar 1996 unterzeichnet worden) in Kraft getreten.

ESVP

1. März: Das Politische und Sicherheitspolitische Komitee kommt zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Der Hohe Repräsentant der GASP und Generalsekretär des Rats, Javier Solana, spricht von einem Meilenstein in der Entwicklung der ESVP.

Kommission

1. März: Die Kommission beschließt ein Weißbuch für ihre betriebsinterne Reform. Die betroffenen Gewerkschaften melden ihre Kritik an.

ESVP

7. März: Der Militärausschuss ist zu seiner ersten Sitzung zusammengekommen. Außer Frankreich und Belgien haben alle Mitgliedstaaten ihren Vertreter im NATO-Militärrat zum Vertreter in diesem Interimsorgan bestimmt.

Umwelt – Kommission

8. März: Die Kommission nimmt ein Grünbuch zum Handel mit Treibhausgasemissionen in der Europäischen Union und eine Mitteilung zu poli-

tischen Konzepten und Maßnahmen der EU zur Verringerung der Treibhausgasemissionen an.

Euro – Griechenland

9. März: Griechenland beantragt bei der Kommission den Beitritt zur dritten Phase der Wirtschafts- und Währungsunion.

Erweiterung

13. März: Der Rat verabschiedet eine Verordnung über die Durchführung von Maßnahmen im Rahmen einer Heranführungsstrategie für Zypern und Malta.

GASP – Simbabwe

13. März: Die portugiesische Ratspräsidentschaft protestiert gegen die illegalen und gewalttätigen Farnbesetzungen durch so genannte Kriegsteilnehmer, die von der Regierung Simbawwes veranlasst wurden.

Regierungskonferenz

14. März: Die Kommission legt einen ergänzenden Vorschlag zur Regierungskonferenz vor, in dem sie die Ausweitung der qualifizierten Mehrheitsabstimmung bei Binnenmarktaspekten im Bereich der Besteuerung und der sozialen Sicherheit anregt.

Kommission

14. März: Die Kommission nimmt einen Bericht über die Maßnahmen zur Anwendung von Artikel 299 Absatz 2 EGV in Bezug auf die EU-Regionen in äußerster Randlage, einen Vorschlag für Aktionen gegen Antipersonenminen sowie einen Bericht über die Umsetzung der Grundzüge der Wirtschafts- und Währungspolitik an.

Menschenrechte – Parlament

16. März: Das Europäische Parlament nimmt den Bericht über die Lage der Menschenrechte in der EU und in der Welt mit Änderungen an.

EZB

16. März: Die Europäische Zentralbank erhöht die Leitzinsen um 0,25 Prozentpunkte. Der Hauptleitzins liegt damit bei 3,50 Prozent.

BSE

17. März: Mit der Zustimmung des Bundesrats zur Verordnung des Bundesgesundheitsministeriums wird das Importverbot für britisches Rindfleisch auch in Deutschland auf Druck der EU-Kommission aufgehoben. Britisches Rindfleisch soll aber nur als solches gekennzeichnet in den Handel gelangen.

Regierungskonferenz

20. März: Auf der Tagung der Außenminister in Brüssel werden Fragen der Stimmengewichtung im Rat der EU und der Reform der Kommission behandelt.

GASP – Rat – Russland

20. März: Der Rat für allgemeine Angelegenheiten hat Schlussfolgerungen zum Krieg in Tschetschenien angenommen, in denen die Minister erneut zu einer friedlichen Lösung des Konflikts aufrufen und bedauern, dass Russland den Zugang von humanitärer Hilfe sowie unabhängige und transparente Untersuchungen der Menschenrechtsverletzungen nicht gestattet hat.

AKP

20.-23. März: In Abuja, Nigeria, findet die 30. Tagung der Paritätischen Versammlung AKP-EU statt.

Inneres und Justiz – Kommission

21. März: Die Kommission verabschiedet einen „Anzeiger“ über Fortschritte bei der Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts in der Europäischen Union.

Europäischer Rat – Lissabon

22.-23. März: Auf ihrem Sondergipfel in Lissabon beschließen die Staats- und Regierungschefs der EU die Arbeitslosigkeit in Europa drastisch zu senken und für ein jährliches Wachstum von drei Prozent zu sorgen. Im Mittelpunkt steht der Aufbau einer Informationsgesellschaft für alle. Das Internet soll allen kostengünstig zugänglich gemacht werden, Rechtsvorschriften sollen vereinheitlicht werden und alle Schulen sollen bis Ende 2001 einen Zugang zum Internet besitzen. Mit der Förderung von Forschung, Bildung und Wirtschaft im Bereich der Informationstechnologie will die EU innerhalb von zehn Jahren an die

Weltspitze der Wirtschaft vorstoßen. Ein wissensbasierter Wirtschaftsraum soll entstehen, der fähig ist, dauerhaftes Wachstum, Arbeitsplätze und sozialen Zusammenhalt auf der Grundlage eines modernisierten europäischen Gesellschaftsmodells zu verwirklichen und zu sichern.

Regierungskonferenz

24./27. März: Der Ausschuss für konstitutionelle Fragen des Europäischen Parlaments nimmt den Abschlussbericht an, in dem unter anderem die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und die Beschränkung der Sitze des Europäischen Parlaments auf 700 gefordert wird.

Inneres und Justiz – Rat

27. März: Der Rat verabschiedet das Aktionsprogramm „Prävention und Kontrolle des organisierten Verbrechens: Eine Strategie der Europäischen Union für den Beginn des neuen Jahrtausends“ zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Verbraucher – Kommission

29. März: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über die allgemeine Produktsicherheit an.

Echelon

29. März: Zur Untersuchung von Echelon soll im Europäischen Parlament ein Untersuchungsausschuss eingerichtet werden. Anfang Februar hatten sich Gerüchte verdichtet, dass die USA ein Abhörsystem unterhalten mit dem sie den Fax- und E-Mail-Verkehr in Europa überwachen können. Der CIA-Präsident hatte am 28. März in einem Interview erklärt, dass dies nicht der Industriespionage dienen würde.

Balkan

29.-30. März: Auf der Geberkonferenz für Südosteuropa wurden Zusagen für die Finanzierung des Wiederaufbaus in Höhe von 2,4 Milliarden Euro gemacht.

April

EU – Afrika

3.-4. April: Auf dem europäisch-afrikanischen Gipfel in Kairo wird in einem breiten Themenspektrum unter anderem die Schuldenfrage diskutiert. In der Erklärung von Kairo wird der gemeinsame Wille zum Ausbau der Zusammenarbeit betont, der helfen soll, die Marginalisierung Afrikas zu verhindern.

Regierungskonferenz

10. April: Die Tagung der Außenminister in Luxemburg beschäftigt sich mit der Ausweitung der Mehrheitsentscheidung.

Zollunion – Rat – Türkei

10. April: Der Rat verabschiedet eine Verordnung über die Durchführung von Aktionen zur Vertiefung der Zollunion mit der Türkei.

EU – Russland

11. April: Der Konflikt in Tschetschenien und die Menschenrechtsverletzungen der russischen Streitkräfte beherrschen weitgehend die dritte Sitzung des Kooperationsrates EU/Russland in Luxemburg.

Kommission

11. April: Die Kommission nimmt Mitteilungen über Wahlunterstützung und Wahlbeobachtung durch die EU sowie über die Organisation und Verwaltung des Internets an. Sie schlägt eine Verordnung zur Schaffung der Sonderfazilität für Kriseneinsätze vor.

Regierungskonferenz

13. April: Das Parlament nimmt den Bericht von Jo Leinen und Georgios Dimitrakopoulos zur Regierungskonferenz an.

Jugend – Rat – Parlament

13. April: Das Europäische Parlament und der Rat verabschieden das Aktionsprogramm „Jugend“.

Regierungskonferenz

14.-15. April: Auf ihrer informellen Tagung auf Sintra beschäftigen sich die Außenminister mit den Fragen der verstärkten Zusammenarbeit und bereiten die Aufnahme dieses Themas in die Tagesordnung der Regierungskonferenz vor.

Landwirtschaft – Verbraucher – Rat

16. April: Nach dem Beschluss der EU-Agrarminister wird ein allgemeines System zur Etikettierung von Rindfleisch eingeführt. Ab September 2000 kann der Kunde den Ort der Schlachtung und der Zerlegung des Tieres auf dem Etikett der Ware im Einzelhandel ablesen. Ab Januar 2002 soll mit der Etikettierung der Weg des Fleisches von der Geburt des Tiers bis zur Ladentheke verfolgt werden können. Der endgültige Beschluss des Rats erfolgt am 17. Juli 2000.

Abkommen – Israel

17. April: Der Rat verabschiedet einen Beschluss über den Abschluss eines Europa-Mittelmeer-Assoziierungsabkommens mit Israel.

Balkan

18. April: Das Eurokorps übernimmt für sechs Monate das Kommando der KFOR, der multinationalen Friedenstruppe im Kosovo, ein Kommando, das bislang vom Landcent (Bodenstreitkräfte der NATO in Mitteleuropa) ausgeführt wurde.

Gibraltar

19. April: Spanien und das Vereinigte Königreich einigen sich auf eine Grundsatzvereinbarung zum Status von Gibraltar. Mit dem Ende des Streits zwischen Madrid und London können auch einige Blockaden in der EU überwunden werden, die deswegen bestanden.

Balkan

20. April: Bei ihrem Besuch in Pristina erhalten der Hohe Repräsentant für die GASP, Javier Solana, und das Kommissionsmitglied Christopher Patten die Unterschrift für eine gemeinsame Gewaltverzichtserklärung von den Verantwortlichen der verschiedenen ethnischen Gemeinschaften des Kosovo.

Kommission

26. April: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die Unternehmenspolitik in der wissensbasierten Wirtschaft, einen Vorschlag für ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen sowie eine Mitteilung über die Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaft an.

EZB

27. April: Die EZB erhöht den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 3,75 Prozent.

Mai

Jahrestag – Schumanplan

9. Mai: Der Jahrestag des Schumanplans jährt sich zum fünfzigsten Mal. Am 9. Mai 1950 hatte der französische Außenminister die Montanunion vorgeschlagen.

Kommission

10. Mai: Die Kommission nimmt Vorschläge für Richtlinien über die Koordinierung der Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge, über die Förderung von Strom aus erneuerbaren Energieträgern und für eine Verordnung über die Hilfe für die Westbalkan-Länder an, sowie den Haushaltsvorwurf 2001.

Institutionelle Reform – Grundsatzrede – Fischer

12. Mai: In seiner Rede an der Humboldt-Universität in Berlin entwirft Bundesaußenminister Joschka Fischer seine Zukunftsvision der Europäischen Union: Die Osterweiterung, für die sich Fischer uneingeschränkt einsetzt, kann nur dann ohne Stagnation der Integration erfolgen, wenn ein offenes Gravitationszentrum von Staaten die Führung des Integrationsprojekts übernimmt. Fischer plädiert dafür, diesen Zwischenschritt zur Vollendung einer Europäischen Föderation auf der Basis eines Verfassungsvertrags zu wagen.

Wirtschaft

15. Mai: Die Preussag AG übernimmt für rund 3 Milliarden Euro den britischen Touristikkonzern Thomson Travel. Preussag wird dadurch zum weltweit größten Unternehmen in der Tourismusbranche. Die EU-Kommission stimmt der Übernahme am 26. Juli mit Auflagen zu.

Gesundheit – Kommission

16. Mai: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über die gesundheitspolitische Strategie der Europäischen Gemeinschaft und einen Vorschlag für ein Aktionsprogramm im Bereich der öffentlichen Gesundheit an.

Abkommen – Schweiz

21. Mai: Bei einer Volksabstimmung billigt die Bürgerschaft der Schweiz mit einer Mehrheit von 67,2 Prozent die Abkommen mit der EU.

ESVP

22. Mai: Der Rat beschließt die Schaffung eines Ausschusses für die zivilen Aspekte des Krisenmanagements, der als Arbeitsgruppe des Rats handeln und dem Ausschuss Ständiger Vertreter Bericht erstatten wird.

Regierungskonferenz

22. Mai: Auf ihrer Vorbereitungsstagung in Brüssel diskutieren die Außenminister über die Zusammensetzung des Parlaments, Mehrheitsentscheidungen und über die Rolle der Kommission sowie über die verstärkte Zusammenarbeit.

Naher Osten

24. Mai: Israel zieht sich ohne Friedensvereinbarung aus dem Südlibanon zurück.

Inneres und Justiz – Kommission

24. Mai: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über den vorübergehenden Schutz für Vertriebene an.

WTO – EU – China

29. Mai: In Peking unterzeichnen die EU und China ein bilaterales Handelsabkommen, das den Beitritt Chinas zur WTO voranbringen soll. Differenzen nach Vertragsabschluss verhindern jedoch einen zügigen Beitritt Chinas.

Rat

29. Mai: Der Rat verabschiedet einen Beschluss zum Antrag des Vereinigten Königreichs, einzelne Bestimmungen des Schengen-Besitzstands auf das Vereinigte Königreich anzuwenden, weiterhin eine Verordnung über Solvenzverfahren, eine Ver-

ordnung über die gerichtliche Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Ehesachen, einen Beschluss zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet, einen Rechtsakt für ein Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union und einen Rahmenbeschluss über die Verstärkung des strafrechtlichen Schutzes gegen Geldfälschung im Hinblick auf die Einführung des Euro.

Binnenmarkt – Kommission

30. Mai: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie zur weiteren Liberalisierung des Markts für Postdienste an.

Juni

Regierungskonferenz

5. Juni: Die portugiesische Ratspräsidentschaft informiert die Beitrittskandidaten in Brüssel über den Stand der Regierungskonferenz.

Österreich – Regierungskonferenz

6. Juni: Österreich fordert bei einer Tagung der Vorbereitungsgruppe zum Thema des Artikels 7 EUV, der die Maßnahmen bei Verstößen gegen die Prinzipien der Demokratie und der Menschenrechte innerhalb eines Mitgliedslands regelt, eine Stärkung der Rechte des betroffenen Landes.

Kommission

7. Juni: Die Kommission nimmt eine Mitteilung über eine Rahmenstrategie der Gemeinschaft zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern (2001-2005) und einen Vorschlag für eine Richtlinie über die Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen, insbesondere hinsichtlich sexueller Belästigung, eine Mitteilung über die Verbesserung der Funktionsweise des Mehrwertsteuersystems im Binnenmarkt und einen Vorschlag für eine Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Reis an.

EZB

8. Juni: Die EZB hebt den Leitzins um 50 Basispunkte von 3,75 auf 4,25 Prozent an.

Regierungskonferenz

12. Juni: Die Außenminister diskutieren in Luxemburg die Ausweitung der Agenda. Es zeichnet sich ab, dass außer der Aufnahme der verstärkten Zusammenarbeit auf die Tagesordnung, die Agenda auf die Left-overs von Amsterdam beschränkt bleiben soll. Am 13. Juni erklärt die portugiesische Ratspräsidentschaft das Thema offiziell zur Aufnahme vorschlagen zu wollen.

Regierungskonferenz

14. Juni: Die portugiesische Ratspräsidentschaft legt einen Zwischenbericht zum Stand der Verhandlungen vor. Bisher gibt es bei keinem Diskussionspunkt eine Einigung. Die Optionen für die Zahl der Kommissionsmitglieder sehen eine fixe Obergrenze mit Rotation, eine Festlegung auf ein Kommissionsmitglied pro Land ohne Obergrenze sowie die vorläufige Festlegung auf ein Mitglied pro Land bei Offenhaltung einer Obergrenze im Verlauf des Beitrittsprozesses vor. Die Stimmengewichtung im Rat könnte neu festgelegt werden oder es könnte das Prinzip der doppelten Mehrheit eingeführt werden. Auch zu allen anderen Themen, wie der Sitzverteilung im Parlament, der Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens und der Mehrheitsabstimmung im Rat sowie der Reform des Gerichtswesens, legt die Präsidentschaft die aussichtsreichsten Optionen vor.

Energie – Deutschland

15. Juni: Deutschland steigt aus der Kernenergie aus. Die deutsche Bundesregierung hat sich mit Vertretern der betroffenen Energiekonzerne auf den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie geeinigt.

Soziales – Kommission

16. Juni: Die Kommission legt ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung der Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung vor.

Inneres und Justiz – Einwanderung

18. Juni: Der britische Zoll entdeckt im Fährhafen von Dover in einem Gefriercontainer aus den Niederlanden die Leichen von 58 Chinesen, die nach Großbritannien eingeschleust werden sollten. Dieser Fund verstärkt die Diskussion um einheitliche Einwanderungs- und Asylbestimmungen in

der EU und um die Bekämpfung von Schlepperkriminalität.

Europäischer Rat – Santa Maria da Feira

19.-20. Juni: Die Staats- und Regierungschefs der EU beschließen die Aufstellung einer 5000 Mann starken Polizeitruppe. Die Polizeikräfte sollen für Sondereinsätze abrufbereit sein. Der Europäische Rat billigt die Entscheidung zur Einführung des Euro in Griechenland zum 1. Januar 2001, verabschiedet eine gemeinsame Strategie für den Mittelmeerraum, stimmt dem Aktionsplan für die nördliche Dimension in den externen und grenzüberschreitenden Politikbereichen der Europäischen Union (2000-2003) zu und bekundet sein Einverständnis mit dem Drogenaktionsplan der Europäischen Union.

Wirtschaft

20. Juni: Mit der Fusion der französischen Vivendi mit der kanadischen Seagram-Gruppe entsteht mit Vivendi Universal der weltweit zweitgrößte Unterhaltungs- und Telekommunikationskonzern nach AOL-TimeWarner. Die EU-Kommission genehmigt die Fusion mit Auflagen am 13. Oktober.

Verkehr – Kommission

21. Juni: Die Kommission nimmt die Mitteilung „Ein sicherer, wettbewerbs- und leistungsfähiger Straßenverkehr: ein Ziel für die Gemeinschaft“ und eine Mitteilung über den Schutz der Fluggäste in der Europäischen Union an.

Rat – Parlament

22. Juni: Das Parlament und der Rat verabschieden eine Richtlinie über Aspekte der Arbeitszeitgestaltung.

Abkommen – AKP

23. Juni: In Cotonou, der Hauptstadt Benins, unterzeichnen die EU und die AKP-Staaten das neue Partnerschaftsabkommen nach achtzehnmonatigen Verhandlungen am 25. Jahrestag des Lomé-Abkommens. Sechs Inselstaaten des Pazifiks – die Cook-Inseln, die Republik Nauru, die Republik Palau, die Republik der Marshall-Inseln, Niue und die Föderierten Staaten von Mikronesien – werden als neue Mitglieder aufgenommen. Das auf Achtung der Menschenrechte, der demokratischen Prinzipien und des Rechtsstaats sowie der

verantwortungsvollen Staatsführung („good governance“) beruhende Abkommen proklamiert als Endziel die Befreiung aus der Armut. Das neue Handelssystem soll schrittweise auf das Prinzip der Gegenseitigkeit umgestellt werden. Einseitige Handelspräferenzen soll es langfristig nur noch für die am wenigsten entwickelten Länder geben. Dazu sollen ab 2002 regionale, wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen ausgehandelt werden, die bis 2008 in Kraft treten sollen, um dann bis 2020 in Freihandelszonen zu münden.

GASP – Balkan

26. Juni: Javier Solana, der Hohe Repräsentant der EU für die GASP, spricht sich in einer Rede in Rom dafür aus, die Vertreter der serbischen Opposition zum Gipfel EU/Balkan einzuladen. Bezüglich der EU-Politik auf dem Balkan erinnert Solana auch daran, dass schon jetzt mit der Planung im Hinblick auf ein demokratisches Serbien begonnen werde.

Institutionelle Reform – Grundsatzrede – Chirac

28. Juni: Jacques Chirac hält eine Rede vor dem Deutschen Bundestag, in der er die Möglichkeit einer Avantgarde von Staaten ins Gespräch bringt. Diese Pioniergruppe soll mit nur einfachen eigenen institutionellen Strukturen (Sekretariaten), aber, wenn nötig, außerhalb der Verträge, der Union trotz ihrer anwachsenden Größe eine Dynamik verleihen. Diese Dynamik könnte zu einer Vertiefung unter anderem im Bereich der Außen- und Wirtschaftspolitik führen. In diesem Prozess nach dem Vertrag von Nizza sollte auch eine Verfassung ausgearbeitet werden.

Abkommen – Kasachstan

28. Juni: Die EU und Kasachstan unterzeichnen ein bilaterales Abkommen über wissenschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der Kernfusion und beschließen, das bilaterale Textil-Handels-Abkommen bis zum Ende 2002 zu verlängern.

EU – Indien

28. Juni: In Lissabon findet das erste Gipfeltreffen zwischen Indien und der EU statt. Eine Erklärung zur Partnerschaft im 21. Jahrhundert und ein Aktionsplan werden beschlossen. Die EU und Indien wollen unter anderem in der Sicherheitspolitik und bei der WTO zusammenarbeiten.

CHRONOLOGIE

Kommission

28. Juni: Die Kommission nimmt Mitteilungen zur neuen sozialpolitischen Agenda und über eine Gesamtstrategie zum Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaften an.

Österreich

29. Juni: Die Vierzehn beschließen die bilateralen Maßnahmen vorerst aufrechtzuerhalten, die nach der Bildung einer Regierungskoalition zwischen den Konservativen der ÖVP und der rechtsextremen FPÖ verhängt worden waren. Drei unabhängige Persönlichkeiten, die vom Präsidenten des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ernannt werden sollen, werden mit der Erarbeitung eines Berichts über die Lage in Österreich beauftragt, von dem dann das weitere Vorgehen abhängig gemacht werden soll.

Erweiterung

29. Juni: Laut Kommission sind die Abkommen mit neun Beitrittskandidaten über die teilweise Liberalisierung des Agrarhandels fertiggestellt. Ziel ist es, diese Länder schrittweise auf die vollständige Liberalisierung und die Anwendung der Gemeinsamen Agrarpolitik sofort nach ihrem Beitritt vorzubereiten. Der Fall des zehnten Landes – Polen – bleibt blockiert.

Rat – Parlament – Kommission

29. Juni: Der Rat verabschiedet die Richtlinie zur Anwendung des Gleichbehandlungsgrundsatzes ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft. Das Parlament und der Rat verabschieden die Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Handelsverkehr und eine Verordnung über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen. Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie über den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen an.

Landwirtschaft – Kommission – WTO

30. Juni: Die Europäische Kommission stellt bei der WTO in Genf ihre grundlegenden Positionen vor, die sie bei den Landwirtschaftsverhandlungen vertreten wird. Sie fordert die Beibehaltung der Subventionen, die an nichtkommerzielle Forderungen (Wohlbefinden der Tiere, Lebensmittelqualität) gebundenen sind sowie die Beibehaltung der Direktiven, die den schrittweisen Abbau anderer Subventionen möglich machen würden.

Juli

Präsidentschaft – Frankreich

1. Juli: Frankreich übernimmt turnusgemäß die Präsidentschaft der EU. Schwerpunkt der Präsidentschaft wird die weitere Vorbereitung des Abschlusses der Regierungskonferenz beim Gipfel von Nizza im Dezember sein.

Abkommen – Mexiko

1. Juli: Das Freihandelsabkommen zwischen Mexiko und der Europäischen Union tritt für die gemeinschaftlichen Aspekte in Kraft. Die Aspekte betreffend die Dienstleistungen und die Investitionen werden nach der vollständigen Ratifizierung des im November 1999 unterzeichneten Assoziierungsabkommen EU/Mexiko in Kraft treten. Dies geschieht mit der Ratifizierung des Abkommens durch Italien am 19. Juli.

Verkehr – Dänemark – Schweden

1. Juli: Die Landverbindung über den Öresund wird eröffnet. Schweden und Dänemark verbindet nun ein Landweg über eine 16 kilometerlange Tunnel- und Brückenkonstruktion.

Sport – Fußball-Europameisterschaft

1. Juli: Frankreich, der amtierende Weltmeister von 1998, gewinnt die EM und wird Fußball-Europameister.

Österreich

4. Juli: Der ÖVP/FPÖ-Koalitionsausschuss trifft die Entscheidung, ein Referendum zu den bilateralen Sanktionen der Vierzehn gegen Österreich zu erarbeiten. Wenn die Sanktionen nicht zwischenzeitlich aufgehoben werden, sollen die österreichischen Bürger im Herbst befragt werden, ob alle Mittel zur Aufhebung der Sanktionen voll ausgeschöpft werden sollen.

EuGH

4. Juli: Erstmals setzt der Europäische Gerichtshof auf Antrag der Kommission ein Instrument des Maastrichter Vertrags ein, das bisher ungenutzt geblieben war. In seinem Urteil (C-387/97) verpflichtet der Gerichtshof Griechenland zur Zahlung ein Zwangsgelds von 20.000 Euro pro Tag ab

dem 4. Juli bis zur Umsetzung eines früheren Urteils des EuGH.

Echelon – Parlament

5. Juli: Das Parlament beschließt, einen befristeten Ausschuss zu Klärung der Fragen zum Abhör-system Echelon einzurichten.

Parlament – Kommission

5. Juli: Kommission und Parlament unterzeichnen eine Rahmenvereinbarung über ihre Beziehungen, in der auch die Teilnahme der Kommissionsmitglieder an den Sitzungen des EP und die Übermittlung von Dokumenten geregelt werden.

Institutionelle Reform – Grundsatzrede – Fischer

6. Juli: In einer Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg fordert Joschka Fischer in Fortführung der Vorschläge seiner Humboldt-Rede eine Debatte über die Zukunft einer erweiterten Union. Er schlägt unter anderem vor, den Kommissionspräsidenten zum direkt gewählten europäischen Präsidenten aufzuwerten.

Erweiterung

10. Juli: Kommissar Pascal Lamy, zuständig für Handel, paraphiert die ersten drei Abkommen der EU mit Kandidatenländern auf dem Gebiet der gegenseitigen Anerkennung von Industriegütern. Vertragspartner sind Ungarn, Tschechien und Lettland. Mit Estland, Litauen, Slowenien und der Slowakei finden noch Gespräche statt.

Regierungskonferenz

10. Juli: Bei der ersten Außenministertagung unter französischem Vorsitz legt die neue Ratspräsidentschaft ihre Vorstellungen über das weitere Prozedere dar.

Kommission – China

11. Juli: Zhu Rongji besucht als erster chinesischer Ministerpräsident die Europäische Kommission in Brüssel. Im Mittelpunkt der Unterredung mit Kommissionspräsident Romano Prodi steht die Frage nach den Verhandlungen zum WTO-Beitritt Chinas.

Regierungskonferenz

12. Juli: Die Kommission schlägt vor, ein Statut der Europäischen Parteien in die Verträge aufzunehmen und legt einen Vorschlag über die Neuordnung der Verträge vor.

Wirtschaft – Kommission

12. Juli: Die Kommission nimmt Legislativvorschläge zur Reform des Rechtsrahmens für Telekommunikation in Europa an.

Erweiterung

14. Juli: Der Rat für allgemeine Angelegenheiten stimmt einer Verlängerung der in den Europaabkommen mit Rumänien und Litauen enthaltenen Bestimmungen für die staatlichen Beihilfen zu. Den beiden Ländern werden damit um weitere fünf Jahre Sonderregelungen zur staatlichen Beihilfe für Unternehmen gewährt, wie sie auch in besonders benachteiligten Gebieten der EU zulässig sind.

Euro

16. Juli: Die Eurogruppe, die sich erstmals zusammen mit dem neu hinzugekommen griechischen Vertreter versammelt, zählt nun zwölf Mitglieder.

Parlament

17. Juli: Das Parlament und der Rat verabschieden einen Beschluss über das Europäische Jahr der Sprachen 2001.

Europäische Union – Japan

19. Juli: In Tokio findet der 9. EU-Japan Gipfel statt, auf dem eine Erklärung zur weiteren engen Zusammenarbeit, ein Wirtschaftsabkommen und gemeinsame außenpolitische Erklärungen beschlossen werden.

Beschäftigung – Kommission

20. Juli: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für einen Beschluss über gemeinschaftliche Anreizmaßnahmen zur Beschäftigungsförderung an.

G7/G8

21. - 23. Juli: Im japanischen Okinawa findet der sechszwanzigste Weltwirtschaftsgipfel statt.

CHRONOLOGIE

Regierungskonferenz

24. Juli: Auf der Tagung der Außenminister stehen die Verhandlungen zur Zahl der Kommissionsmitglieder und zu Fragen der verstärkten Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

EU – Asien

26.-28. Juli: Die EU nimmt am „Asian Regional Forum“ in Bangkok teil, das die Länder der ASEAN und zehn Partner (Australien, Kanada, die EU, die USA, Japan, Südkorea, Neuseeland, Russland, China und Indien) vereint. Am Rande der Konferenz nehmen die EU und Nordkorea erste informelle Beziehungen auf. Nachdem die EU ihre Sanktionspolitik gegenüber Myanmar im April zwar grundsätzlich bestätigt, aber für die Treffen innerhalb des politischen Dialogs zwischen der EU und der ASEAN gelockert hatte, kann nun eine Wiederaufnahme der Minister tagungen EU/ASEAN für Dezember beschlossen werden. Am 28. Juli werden die Beitrittsakte von Laos und Kambodscha zum Abkommen EU/ASEAN offiziell unterzeichnet.

Kommission

26. Juli: Die Kommission nimmt Vorschläge für Verordnungen des Rats über den Schutz des Euro vor Fälschungen, über die Hilfe für die Türkei im Rahmen der Heranführungsstrategie, über die Anforderungen des öffentlichen Dienstes im Bereich des Personenverkehrs und über die Neufassung der Haushaltsordnung an. Sie stimmt einem Vorschlag für eine Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm, einer Mitteilung über die Preisgestaltung und den nachhaltigen Umgang mit Wasserressourcen sowie einem Grünbuch über Umweltprobleme im Zusammenhang mit der Verwendung von PVC zu.

Balkan

27. Juli: Ein Jahr nach dem ersten Gipfel des Stabilitätspakts für Südosteuropa zieht der Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt Bodo Hombach trotz zeitlicher Verzögerungen eine positive Bilanz.

ESVP

28. Juli: Der Interims-Militärausschuss einigt sich auf einen Katalog der Boden-, Luft- und Seekomponenten, die für die Bildung der schnellen Eingreiftruppe von 50.000 bis 60.000 Mann notwen-

dig sind, welche die EU bis 2003 zusammenstellen will. Dieser Katalog, der die gesamte personelle und materielle Struktur auflistet, entspricht dem Ziel einer innerhalb von 60 Tagen einsetzbaren Truppe, die in der Lage sein soll, über ein Jahr lang vor Ort bleiben zu können, wofür nach dem Rotationsprinzip insgesamt 180.000 Mann benötigt werden.

Österreich

28.-30. Juli: Die drei „Weisen“, die benannt worden sind, um einen Bericht über die Menschenrechte und Minderheiten in Österreich sowie über die Entwicklung der FPÖ zu erstellen, halten sich für drei Tage zu Gesprächen in Österreich auf.

Grundrechtecharta

31. Juli: Den Mitgliedern des Konvents, der mit der Ausarbeitung der Grundrechtecharta beauftragt ist, wird der vollständige Entwurf der Charta vom Präsidenten des Konvents, Roman Herzog, vorgelegt.

Außenhandel – Republik Moldau

31. Juli: Die Republik Moldau bekommt als einziger Antragsteller die Vorteile der „Sozialklausel“ des Allgemeinen Präferenzsystems eingeräumt, die den Ländern, die die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation über das Vereinigungsrecht und das Recht auf Tarifverhandlungen sowie über die Kinderarbeit einhalten, zusätzliche Zollvergünstigungen gewährt.

August

Abkommen – AKP

2. August: Die Übergangsmaßnahmen, mit denen die Verbindung zwischen dem Lomé-Abkommen (Lomé IV a, verlängert bis zum 1. August) und dem neuen Partnerschaftsabkommens zwischen den AKP-Staaten und der Europäischen Union (Abkommen von Cotonou) gesichert werden soll, treten in Kraft. Kurz darauf erklärt Kuba seine prinzipielle Bereitschaft zu einem Beitritt.

Kultur

13. August: Am Weltjugendtag versammeln sich Millionen Jugendliche in Rom, um mit dem Papst das heilige Jahr 2000 zu feiern.

AKP – Haiti – Fidschi

17. August: Haiti und Fidschi werden wegen des Verstoßes gegen Artikel 9 des Abkommens von Cotonou, der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sichern soll, auf Grund ihres undemokratischen Wahlverfahrens beziehungsweise ihrer Verfassungsaufhebung und der Absetzung des demokratisch gewählten Ministerpräsidenten auf Druck einer Geiselnahme im Parlament zu Konsultationen nach Artikel 96 gebeten.

Gentechnik – Kommission

17. August: Dem Vorhaben der britischen Regierung, das Klonen menschlicher Embryonen zu therapeutischen Zwecken zu genehmigen, steht nach Meinung der Kommission mit Verweis auf die europäische Rechtslage, die nur eine Richtlinie zum Verbot der Patentierung des menschlichen Genoms kennt, nichts entgegen. Der britische Vorstoß erntet überwiegend negative Reaktionen aus den anderen Mitgliedsländern.

Abkommen – Kommission – Grönland

28.-30. August: Der Kommissar Poul Nielson führt in Grönland Verhandlungen über das künftige Fischereiabkommen EU/Grönland und die Erneuerung der Assoziierungsregelung, welche die EU mit den 20 überseeischen Ländern und Gebieten, darunter Grönland, verbindet. Das Fischereiabkommen wird am 15. September in Kopenhagen unterzeichnet und soll am 1. Januar 2001 in Kraft treten.

Jahrestag – Gewerkschaft Solidarität

30. August: Anlässlich einer Rede zum zwanzigjährigen Bestehen der Gewerkschaft Solidarnosc verspricht die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Nicole Fontaine, die Unterstützung des Parlaments bei der Sicherstellung des Beitritts Polens zur nächsten Europawahl im Juni 2004.

EZB

31. August: Die EZB erhöht den Leitzins um 0,25 Prozentpunkte auf 4,50 Prozent.

September

Regierungskonferenz

2.-3. September: Auf ihrer informellen Tagung in Evian diskutieren die Außenminister über den zukünftigen Reformbedarf der EU nach Abschluss der Regierungskonferenz und visieren damit die Post-Nizza-Debatte an.

Erweiterung

4. September: In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung sorgt der für die Erweiterung zuständige Kommissar, Günter Verheugen, für Irritationen, als er größere Anstrengungen der Regierungen bei der Werbung für die Erweiterung unter der EU-Bevölkerung anmahnt und dabei die Rolle von Volksabstimmungen anspricht. Verheugen stellt daraufhin klar, dass er keine Volksabstimmung über die Erweiterung innerhalb der Mitgliedsländer, sondern nur eine verstärkte Aufklärung anstrebe.

Erweiterung – Lettland

5. September: Die französische Ratspräsidentschaft begrüßt im Namen der EU das In-Kraft-Treten des lettischen Gesetzes über die Amtssprachen am 1. September, das, ganz den Anforderungen der OSZE für Minderheitenrechte entsprechend, die Erweiterung fördert.

Kommission

6. September: Die Kommission verabschiedet Mitteilungen über die nukleare Sicherheit in den Neuen Unabhängigen Staaten und den mittel- und osteuropäischen Ländern, sowie über den Europa-Mittelmeer-Prozess von Barcelona.

EGKS – Kommission

7. September: Die Kommission konkretisiert ihre Vorschläge zur Zukunft der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Der Vertrag, der am 23. Juli 2002 ausläuft, wird nicht erneuert werden. Gesamtvermögensnehmer wird die EG. Das übertragene Vermögen von rund 1,6 Milliarden Euro verwaltet die Kommission und setzt die Nettoeinnahmen daraus vor allem für die Forschung im Bereich von Kohle und Stahl ein.

Gentechnik – Parlament

7. September: Durch Verabschiedung einer gemeinsamen Entschließung von vier Fraktionen (EVP-CD, GRÜNE/REA, UFE und EDD) mit 237 Stimmen gegen 230, bei 43 Enthaltungen, erklärte das Europäische Parlament, dass das therapeutische Klonen im Widerspruch zur Politik der EU steht. Es fordert die britische Regierung auf, ihren Standpunkt zum Klonen menschlicher Embryonen zu überdenken, und appelliert an die Mitglieder des britischen Parlaments, dem Vorschlag ihrer Regierung nicht zuzustimmen.

Österreich

8. September: Die drei Weisen der EU, Marti Ahtissari, Marcelino Oreja und Jochen Frowein, bezeichnen in ihrem Bericht die bilaterale Isolierung Österreich durch die vierzehn EU-Partner als kontraproduktiv. Die Vierzehn heben ihre Einschränkungen der Beziehungen zu Österreich auf.

ESVP – Parlament – Rat

13. September: Im Streit zwischen dem Parlament und dem Rat über die einseitige Einführung einer Geheimhaltungsstufe bei Dokumenten der ESVP durch den Rat Ende August empfiehlt der Rechtsausschuss eine Klageeinreichung beim EuGH. Sie wird von der Präsidentin des Parlaments, Nicole Fontaine, am 20. Oktober beschlossen. Elmar Brok, der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des Parlaments, schlägt die Einrichtung eines kleinen Ausschusses vor, um sowohl den Zugang des Parlaments zu Dokumenten wie deren Vertraulichkeit zu sichern.

Kommission

13. September: Die Kommission ergänzt ihre Geschäftsordnung durch einen Kodex für gute Verwaltungspraxis.

EU – Ukraine

15. September: Beim dritten Gipfeltreffen zwischen der EU und der Ukraine, das in Paris stattfindet, bestätigt die EU die Anerkennung des europäischen Charakters der Ukraine und sagt eine weitere enge Zusammenarbeit bei der Stilllegung des Atomkraftwerks von Tschernobyl zu, die am 15. Dezember erfolgt. Die Ukraine betont, dass ihr langfristiges Ziel die Aufnahme in die EU sei, sie aber auch ihre Beziehungen zu Russland und anderen GUS-Staaten ausbauen möchte.

Regierungskonferenz

18. September: Auf der Außenministertagung in Brüssel wird deutlich, dass in entscheidenden Fragen, wie bei der Ausweitung der Mehrheitsentscheidung oder bei der Zahl der Kommissionsmitglieder, noch immer keine Einigung in Sicht ist.

ESVP

19. September: In der ersten Sitzung des vorläufigen Politischen und sicherheitspolitischen Komitees der Europäischen Union und des Ständigen Rats der NATO wird eine positive Zwischenbilanz der Fragen gezogen, die durch die vier EU/NATO-Arbeitsgruppen behandelt werden (Sicherheit, Zugang der EU zu den militärischen Mitteln des Bündnisses, Zusammenarbeit bei den Kapazitätszielen, ständiges Übereinkommens zwischen EU und NATO).

ESVP

22. September: Bei ihrem Treffen erzielen die Verteidigungsminister Fortschritte bei ihren Beratungen über den Streitkräftecatalog für die künftigen Krisenreaktionskräfte.

Euro

22. September: Um den Fall des Außenwerts des Euro zu stoppen, greifen in einer abgestimmten Aktion die Zentralbanken der USA und Japans gemeinsam mit der EZB mit massiven Stützungskäufen in den Markt ein. Auch die Bank von England beteiligt sich. Die konzertierte Aktion löst einen Anstieg des Euro von 0,8625 auf 0,8945 US-Dollar aus.

EU – Korea

25. September: In einem Schreiben an die Kommission ersucht Nordkorea die EU um Aufnahme diplomatischer Beziehungen.

Euro – Dänemark

28. September: Erwartungsgemäß lehnen die Dänen bei einem Referendum mit 53,1 zu 46,9 Prozent die Einführung des Euro in Dänemark ab.

Nahost

28. September: Der Besuch des Likud-Politikers Ariel Scharon auf dem Tempelberg in Jerusalem wird zum Anlass für den Beginn einer neuen Inti-

fada in den palästinensischen Autonomiegebieten, die zum Abbruch des Friedensprozesses und an den Rand eines Krieges führt.

Rat

28. September: Der Rat fällt die Entscheidung, einen Europäischen Flüchtlingsfonds zu errichten. Am 29. September verabschiedet er einen Beschluss über das System der Eigenmittel der Europäischen Gemeinschaften. Am 26. September hatte er eine Verordnung zur Haushaltsdisziplin angenommen.

Inneres und Justiz – Kommission

29. September: Die Kommission nimmt den ergänzenden Beitrag zur Regierungskonferenz „Strafrechtlicher Schutz der finanziellen Interessen der Gemeinschaft: das Amt eines europäischen Staatsanwalts“ an.

Oktober

Grundrechtecharta

2. Oktober: Der Konvent legt seinen Entwurf der Grundrechtecharta vor.

Deutsche Einheit

3. Oktober: Deutschland feiert den zehnten Jahrestag der Deutschen Einheit. Mit dem Beitritt der neuen Bundesländer zur Bundesrepublik vollzog sich vor zehn Jahren auch indirekt der erste Schritt der Osterweiterung der EU.

Parlament – Erweiterung

4. Oktober: Das Parlament nimmt mit großer Mehrheit den Brok-Bericht über die Erweiterung an und fordert einen Beitritt der ersten Kandidaten bis zur Wahl des Parlaments 2004 und den Beitritt der anderen Kandidaten bis zur Wahl 2009.

Kommission

4. Oktober: Die Kommission nimmt Mitteilungen über einen Entwurf für die Änderung des Artikels 7 EUV und über die Erdölversorgung der Europäischen Union an. Sie beschließt eine Verordnung über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker und Leitlinien für die künftigen Maßnahmen

der Union auf dem Gebiet der Forschung für 2002-2006.

Jugoslawien

5. Oktober: Nachdem in der Folge der Präsidenten- und Parlamentswahlen am 24. September nur durch massive Unregelmäßigkeiten der Wahlsieg der Opposition bestritten werden konnte, kommt es zu landesweiten Demonstrationen, die am 5. Oktober in der Erstürmung der Parlamentsgebäude und des Staatsfernsehens gipfeln. Das Milosevic-Regime ist damit am Ende. Der Wahlsieger Vojislav Kostunica wird Präsident Jugoslawiens. Die EU hebt umgehend alle Sanktionen gegen Jugoslawien auf. Montenegro erkennt Kostunica nicht an – Montenegro hatte die Wahlen boykottiert – und erwägt weiter die Unabhängigkeit.

EuGH

5. Oktober: Mit seinem Urteil (C-376/98 und C-74/99) hebt der EuGH das Tabakwerbeverbot in der EU auf, das der Rat 1997 gemeinsam mit dem Parlament beschlossen hatte und das 2001 in Kraft treten sollte. Nach Meinung der Richter ist eine Zuständigkeit der EU auf der Grundlage der Bestimmungen des Binnenmarkts nicht gegeben. Es besteht demnach keine Rechtsgrundlage für eine derartige Richtlinie. Die Richter geben damit Deutschland Recht, das gegen das Tabakwerbeverbot geklagt hatte.

EZB

5. Oktober: Die Europäische Zentralbank hebt ihren Hauptzinssatz um 0,25 Prozentpunkte auf 4,75 Prozent an, um inflationäre Tendenzen bei den Verbraucherpreisen durch den Anstieg der Ölpreise und den Euro-Wechselkurs zu bremsen.

Waffenexporte – Parlament

5. Oktober: Das Parlament unterstützt die Forderung des Berichterstatters Titley, die Anwendung des Verhaltenskodex der Union im Bereich der Waffenexporte nach seinem erfolgreichen Start nun verbindlich und transparenter zu gestalten.

Regierungskonferenz

8.-9. Oktober: Auf der Tagung der Außenminister steht die Stimmengewichtung im Rat und die verstärkte Zusammenarbeit im Mittelpunkt.

AKP – EU

9.-12. Oktober: Die erste Sitzung der neuen „Paritätischen Parlamentarischen AKP-EU-Versammlung“ wird mit einer feierlichen Sitzung eröffnet. Die Versammlung debattiert u.a. über ihre neue Form der Partnerschaft und verabschiedet einen Bericht zur Globalisierung.

Kommission – Soziales

11. Oktober: Die Kommission beschließt eine Richtlinie über die Koordinierung der Vorschriften für Einrichtungen zur betrieblichen Altersversorgung und eine Mitteilung „Entwicklung des Sozialschutzes in Langzeitperspektive: zukunfts-sichere Renten“.

Wirtschaft

12. Oktober: Am Rotterdamer Spot-Markt steigt der Preis für ein Barrel Rohöl der Marke Brent auf das Rekordniveau von über 35 US-Dollar und schwächt damit das europäische wie das weltweite Wachstum nachhaltig.

Europäischer Rat – Biarritz

13.-14. Oktober: Auf ihrem Gipfeltreffen in Biarritz stimmen die Staats- und Regierungschefs dem Konventsentwurf der Charta der Grundrechte zu. Diese soll in Nizza feierlich proklamiert werden. Bei den Left-overs von Amsterdam und der verstärkten Zusammenarbeit gibt es Annäherungen aber keinen Durchbruch.

EU – WEU

17. Oktober: Der Militärausschuss der Westeuropäischen Union beschließt den Übergangsplan zur Umwandlung der WEU.

GASP – Naher Osten

17. Oktober: Der Hohe Vertreter für die GASP, Javier Solana, nimmt als Vermittler am Nahost-Gipfel zur Beendigung der Unruhen und zur Wiederherstellung des Friedensprozesses in Scharm el Scheich teil.

ASEM

20.-21. Oktober: Auf dem dritten ASEM-Gipfel der EU und der ASEAN-Staaten in Seoul steht der Annäherungsprozess zwischen Nord- und Südko-

rea im Mittelpunkt. Die Versammlung verabschiedet einen Aktionsplan für die nächsten zehn Jahre.

EU – China

23. Oktober: Auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und China stehen Menschenrechtsfragen und der Beitritt Chinas zur WTO im Zentrum der Gespräche.

Griechenland – Türkei

23. Oktober: Trotz des vorzeitigen Rückzugs der griechischen Truppen aus einem NATO-Manöver wegen eines Zwischenfalls mit den türkischen Partnern soll der Kurs der Annäherung zwischen beiden Ländern fortgesetzt werden.

Institutionelle Reform – Parlament

25. Oktober: Das Parlament nimmt zwei Berichte (Olivier Duhamel und José Maria Gil-Robles) an, in denen dargelegt wird, unter welchen Bedingungen das Parlament sich die Entwicklung eines Prozesses der Konstitutionalisierung der Verträge und eine Ausdehnung der verstärkten Zusammenarbeit vorstellen kann.

GASP

27. Oktober: Javier Solana zieht eine positive Bilanz des ersten Jahres als Hoher Vertreter der GASP.

BSE

28. Oktober: Ein britischer Untersuchungsbericht stellt die jahrelange Vertuschung durch britische Beamte und Politiker der möglichen Auslösung einer neuen Variante des Creutzfeld-Jakobsyndrom beim Menschen durch mit BSE infiziertes Fleisch fest.

Jugoslawien

28. Oktober: Bei den Kommunalwahlen unter UN-Kontrolle im Kosovo kommt die moderate LDK Ibrahim Rugovas auf 58 Prozent. Die beiden Parteien, die aus der USK hervorgingen, erreichen zusammen 35 Prozent.

EU – Russland

30. Oktober: Auf dem Gipfel EU/Russland in Paris werden spezielle Konsultationen zu Sicherheits- und Verteidigungsfragen und die Mitarbeit

Russlands beim Krisenmanagement der EU beschlossen. Weiter wird eine Energiepartnerschaft beschlossen.

November

EZB

3. November: Nachdem sie am Vortag die Zinssätze unverändert belassen hatte, interveniert die EZB mit Stützungskäufen in den Devisenmarkt, um den Euro gegenüber dem Dollar zu stabilisieren. Der Euro verteuert sich um einen US-Cent.

USA

6. November: Die Amerikaner wählen George W. Bush zu ihrem Präsidenten. Sie müssen allerdings lange nachzählen und viele Gerichtsinstanzen bemühen, bevor sie Gewissheit haben.

EU – Mercosur

7. November: Die dritte Verhandlungsrunde über ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem Mercosur beginnt in Brasilia.

Jahrestag – Menschenrechtserklärung

7. November: Der Präsident des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Luzius Wildhaber, warnte bei den Feierlichkeiten in Rom zum 50. Jubiläum der Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtserklärung, dass den von ihm geführten Gerichtsmechanismen nach der Erweiterung des Europarats die vollständige Überlastung drohe: 800 Millionen Menschen in 41 europäischen Staaten, vom Atlantik bis zum Pazifik, können nun vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte klagen.

Kommission

8. November: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Verordnung zur Festlegung allgemeiner Grundsätze und Erfordernisse des Lebensmittelrechts und zur Einrichtung einer Europäischen Lebensmittelbehörde an. Weiter beschließt sie ein Strategiedokument für die Erweiterung mit dreizehn regelmäßigen Berichten über die Fortschritte der Bewerberländer und einen Vorschlag über die Beitrittspartnerschaft für die Türkei.

Jugoslawien – OSZE

10. November: Nach dem demokratischen Machtwechsel in Jugoslawien erhält Jugoslawien seinen Status als vollwertiges Mitglied der OSZE zurück.

EU – Chile

13. November: Die EU und Chile beginnen in Santiago de Chile die dritte Verhandlungsrunde für ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen.

EU – WEU

13. November: Die letzte Ratstagung der WEU auf Ministerebene beschließt die Marseiller Erklärung. Die WEU wird nicht mehr als Akteur in der Krisenbewältigung auftreten, aber noch Hüterin von Artikel V (Beistandsverpflichtung im Angriffsfall) des geänderten Vertrags von Brüssel und ein Gesprächsforum sein – über ihre Rüstungsgruppe auch in diesem Bereich. Die EU übernimmt das Kommando des operationellen Teils der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Das Satellitenzentrum in Torrejon, Spanien, und das Institut für Sicherheitsstudien der WEU in Paris werden der EU unterstellt. Die WEU-Versammlung möchte sich die Namensergänzung „Europäische Versammlung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ anhängen.

Erweiterung

14./16. November: Die Erweiterungsverhandlungen der EU auf der Ebene der Stellvertreter setzt zum ersten Mal ihren organisatorischen Ablauf nicht nach der Reihenfolge der beiden Bewerbergruppen (Luxemburg und Helsinki) fest, sondern verhandelt mit Kandidaten der ersten wie der zweiten Gruppe an beiden Tagen.

Mittelmeer

15.-16. November: Der wiederaufgeflamte Nahostkonflikt überschattet die 4. Ministertagung „Europa-Mittelmeer“ in Marseille. Syrien nimmt aus Protest gegen Israel nicht teil. Libyen nimmt nach langer Diskussion die Einladung an, als Beobachter teilzunehmen.

Gentechnik – Europäisches Patentamt

19. November: Greenpeace wirft dem Europäischen Patentamt vor, ein Patent auf Embryonen erteilt zu haben, die aus menschlichen und tierischen Zellen bestehen.

CHRONOLOGIE

Regierungskonferenz

19.-20. November: Auf einer Klausurtagung in Brüssel gelingt den Außenministern keine Einigung in den umstrittenen Fragen.

ESVP

20. November: Die Verteidigungsminister beschließen bei der Beitragskonferenz für den Einsatz militärischer Kräfte den Bedarfskatalog für die Zusammenstellung der europäischen Krisenreaktionskräfte und ihrer Reserve.

Balkan

20. November: Der Rat beschließt eine Verordnung zur Ausdehnung besonderer Handelsmaßnahmen für die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess teilnehmenden oder damit verbundenen Länder auf die Bundesrepublik Jugoslawien und die Republik Mazedonien. Der Rat nimmt ferner die Verhandlungsdirektiven im Hinblick auf ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Kroatien an.

Regierungskonferenz

22. November: Die Kommission unterbreitet der Regierungskonferenz einen Vorschlag zur Reform der Kommission. Im Mittelpunkt steht die Stärkung des Kommissionspräsidenten.

ESVP – Drittländer

22. November: Norwegen bietet der EU Truppenkontingente für ihre Krisenreaktionskräfte an, Zypern sichert die Bereitstellung seines Territoriums im Bedarfsfall zu. Ungeachtet erheblicher Unstimmigkeit was die Beitrittspartnerschaft angeht, die bei der Tagung des gemischten parlamentarischen Ausschusses EU/Türkei deutlich werden, bietet die Türkei ein bis zu 5.000 Mann starkes Truppenkontingent an.

Menschenrechte

23. November: Die Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Wien veröffentlicht ihren Jahresbericht 1999.

Weltklima-Gipfel

23.-25. November: Der Weltklima-Gipfel in Den Haag, der die Umsetzung der Beschlüsse zur Reduktion der klimaschädlichen CO₂-Gase festlegen

sollte, scheitert. Die USA blockieren die Forderungen der Europäer.

BSE

24. November: Erstmals wird bei einem deutschen Rind BSE entdeckt. Der Rindfleischmarkt bricht zusammen.

Balkan

24. November: Die Staats- und Regierungschefs der EU und des Balkans sowie der Präsident der Europäischen Kommission treffen sich in Zagreb zum ersten EU-Balkan-Gipfel, auf dem die Unterstützung der EU für die Region bekräftigt wird. Dabei wird auch das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Mazedonien paraphiert.

Mittelmeer – Rat

26. November: Der Rat nimmt eine Verordnung über finanzielle und technische Begleitmaßnahmen zur Reform der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen im Rahmen der Partnerschaft Europa-Mittelmeer (MEDA II) an.

Sterbehilfe – Niederlande

28. November: Als weltweit erstes Land entscheiden sich die Niederlande aktive Sterbehilfe gesetzlich zuzulassen. Die Niederlande entfernen sich damit von der Praxis in den anderen Staaten der EU.

BSE

29. November: Der Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz, David Byrne, reagiert auf das völlige Verbot von Tiermehl, das Spanien und Deutschland angekündigt hatten, nachdem BSE-Fälle in diesen beiden Ländern aufgetreten waren, mit heftiger Kritik am bisher zu sorglosen Umgang der beiden Länder mit den Gefahren durch BSE.

Energie – Kommission

29. November: Die Kommission veröffentlicht ein Grünbuch über die Sicherheit der Energieversorgung der Union.

Dezember

BSE

4. Dezember: Der Rat für Landwirtschaft beschließt auf seiner Sondertagung zur Rückgewinnung des Verbrauchervertrauens und der Sicherung der Rindfleischmärkte das vorerst auf den Zeitraum vom 1. Januar bis 1. Juli 2001 befristete Verbot von Tiermehl.

Regierungskonferenz

5. Dezember: Für die Zeit nach dem Abschluss der Regierungskonferenz legen Italien und Deutschland einen gemeinsamen Vorschlag für eine neue Regierungskonferenz ab 2004 vor. Sie soll Fragen der Kompetenzabgrenzung, den Status der Grundrechtecharta und die Vereinfachung der Verträge behandeln.

Rat

5. Dezember: Der Rat nimmt eine Verordnung über die Hilfe für Albanien, Bosnien-Herzegovina, Kroatien, Mazedonien und die Bundesrepublik Jugoslawien sowie eine Verordnung über die Europäische Agentur für Wiederaufbau an.

Regierungskonferenz

6. Dezember: Einen Tag vor dem Beginn des Europäischen Rats in Nizza legt die französische Ratspräsidentschaft ihren Vertragsentwurf vor.

Kommission

6. Dezember: Die Kommission nimmt Legislativvorschläge über die Einrichtung eines gemeinschaftlichen Überwachungs-, Kontroll- und Informationssystems für den Seeverkehr, die Errichtung eines Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzung in gemeinschaftlichen Gewässern und die Schaffung einer europäischen Agentur für die Sicherheit im Seeverkehr an.

Europäischer Rat – Nizza

7.-11. Dezember: Vor dem Auftakt der Verhandlungen findet ein Treffen mit den Beitrittskandidaten im Rahmen einer Europakonferenz statt. Daran schließt sich die feierliche Proklamation der Charta der Grundrechte an. Die Verhandlungen zu den strittigen Punkten des Vertragsentwurfs gestalten sich als äußerst schwierig. Vor

allem Deutschland und Frankreich können ihre Differenz gerade im Bereich der Stimmengewichtung im Rat nur schwer ausräumen. Der ursprünglich gesetzte Zeitrahmen reicht nicht aus, der Gipfel wird um einen Tag verlängert. Die Staats- und Regierungschefs beschließen am 11. Dezember den Vertrag von Nizza. Die Stimmen im Rat werden unter Einbeziehung der zukünftigen Mitglieder neu verteilt. Die Möglichkeit einer Überprüfung der Ratsentscheidungen mit der Bevölkerungsmehrheit wird eingeräumt. Bis zum Erreichen einer Mitgliederzahl von 27 darf jedes Land ein Kommissionsmitglied stellen, dann wird ein Rotationsmodell eingeführt. Eine weiter gehende Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung und des Mitentscheidungsverfahrens gelingt nur in Ansätzen. Der Europäische Rat beschließt ferner die Bereitstellung von Krisenreaktionskräften.

Inneres und Justiz – Rat

8. Dezember: Der Rat nimmt eine Verordnung zur Errichtung des Systems „Eurodac“ für den Vergleich der Fingerabdrücke von Asylbewerbern und anderen Drittstaatsangehörigen an.

Parlament – Kommission – Nizza

12. Dezember: In einer Rede vor dem Parlament wirbt der Kommissionspräsident Romano Prodi für die Zustimmung zum Vertrag von Nizza, um die Erweiterungsfähigkeit nicht zu gefährden.

EU – ASEAN

12. Dezember: Die 13. Ministertagung der Länder Südostasiens (ASEAN) und der EU in Vientiane (Laos) nimmt den seit vier Jahren durch die anhaltende Uneinigkeit über Myanmar gestörten Dialog wieder auf, bleibt aber von dieser Unstimmigkeit überschattet.

Preisverleihung – Parlament

13. Dezember: Das Parlament verleiht den Sacharow-Preis an „Basta ya!“ („Es reicht“), der Bürgerbewegung gegen den Terror der ETA in Spanien.

BSE

13. Dezember: Die Kommission beschließt ein Ankaufprogramm von ungetesteten über 30 Monate alten Rindern.

CHRONOLOGIE

Gesundheit – Kommission

13. Dezember: Die Kommission nimmt einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Festlegung von Qualitäts- und Sicherheitsstandards für die Gewinnung, Testung, Verarbeitung, Lagerung und Verteilung von menschlichem Blut und Blutbestandteilen an.

GASP – Afrika

13. Dezember: Die EU begrüßt die Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen Äthiopien und Eritrea am 12. Dezember 2000 in Algier.

Haushalt – Parlament

14. Dezember: Die Präsidentin des Parlaments, Nicole Fontaine, spricht die Feststellung des Haushaltsplans 2001 aus.

AKP

14. Dezember: Der Ministerrat der AKP-Staaten nimmt Kuba als 78. Mitglied der AKP-Gruppe auf. Die Entscheidung tritt sofort in Kraft. Kuba wird trotzdem kein Partner der EU gemäß dem Abkommen von Cotonou, da kein Einverständnis der EU vorliegt. Kuba ist damit das erste Land, das Mitglied der AKP-Gruppe wird, ohne an der Zusammenarbeit mit der EU teilzunehmen.

ESVP – NATO

18. Dezember: Der Nordatlantikrat kann wegen des Widerstands der Türkei keine Einigung über den garantierten Zugang der EU zu den Mitteln der NATO für Operationen ihrer Krisenreaktionskräfte unter EU-Führung erzielen.

Rat – Parlament

18. Dezember: Das Parlament und der Rat nehmen eine Verordnung zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der EG und im Bereich der Telekommunikation eine Verordnung über den entbündelten Zugang zum Teilnehmeranschluss an.

EU – USA – Kanada

18. Dezember: In den USA findet das halbjährliche Gipfeltreffen EU-USA statt, an das sich am 19. Dezember das Gipfeltreffen mit Kanada anschließt.

Gentechnik – Vereinigtes Königreich

19. Dezember: Das Unterhaus beschließt die Zulässigkeit des therapeutischen Klonens von menschlichen Embryonen bis zur zweiten Woche. Mit der Entscheidung verbrauchende Forschung an menschlichen Embryonen zuzulassen, entfernt sich Großbritannien von der in der EU üblichen Gesetzeslage.

Rat – Parlament

20. Dezember: Der Rat beschließt eine Verordnung über das Statut der Europäischen Aktiengesellschaft und eine Richtlinie zur Ergänzung dieses Statuts hinsichtlich der Stellung der Arbeitnehmer. Das Parlament und der Rat nehmen eine Entscheidung über eine gemeinschaftliche Grundlage für die Zusammenarbeit im Bereich der unfallbedingten oder vorsätzlichen Meeresverschmutzung an.

Dänemark

21. Dezember: Niels Helveg Petersen, seit acht Jahren dänischer Außenminister, gibt seinen Rücktritt bekannt. Er begründet ihn damit, nicht mehr die dänischen Ausnahmeregelungen, insbesondere im Hinblick auf die Verteidigungspolitik, umsetzen zu können, da sie den Zukunftsinteressen Dänemarks entgegenstehen würden.

Rat

22. Dezember: Der Rat verabschiedet eine Verordnung zur Umwandlung des Übereinkommens von Brüssel über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen in ein Gemeinschaftsinstrument.

Jugoslawien

23. Dezember: Bei den serbischen Parlamentswahlen gewinnt das Oppositionsbündnis DOS. Zoran Djindjic wird Ministerpräsident.